

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Die Linke

Bundratsinitiative zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB): Erhalt des S-Bahn-Betriebs aus einer Hand

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, im Rahmen der geplanten Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) die Initiative zu ergreifen, dass alle in Artikel 5 der Verordnung (EG) 1370/2007 vom 23. Oktober 2007, geändert durch Verordnung (EU) 2016/2338 vom 14. Dezember 2016, vorgesehenen Direktvergabemöglichkeiten über Personenverkehrsdienstleistungen im Eisenbahnverkehr auch im deutschen Vergaberecht angewendet werden können, beispielsweise dass eine Direktvergabe von Verkehrsleistungen in besonderen Netzen gemäß Art. 5 Abs. 4a der EU-Verordnung 1370/2007 zukünftig möglich wird.

Begründung

Mit der Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) soll das Ziel verfolgt werden, langfristig den S-Bahn-Betrieb aus einer Hand zu erhalten und Schnittstellen zu vermeiden, denn eine funktionierende S-Bahn ist für Berlin und das Umland von zentraler Bedeutung.

Aufgrund der Vorschriften im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist eine Ausschreibung des S-Bahn-Betriebs zwingend, solange kein landeseigenes kommunales Unternehmen existiert. Die nach EU-Recht bestehende Möglichkeit einer Direktvergabe auch an externe Unternehmen ist dem nationalen Recht, hier dem GWB, nachgeordnet. Die EU-Verordnung 1370/2007 unterwirft Aufträge über Eisenbahnpersonenverkehrsdienste grundsätzlich der Pflicht zur Vergabe im wettbewerblichen Vergabeverfahren, erlaubt aber abweichend auch Direktvergaben aus verschiedenen konkret aufgezählten Gründen. Durch

deutsche Sonderregelungen in §131 GWB werden die Regelungen der EU-Verordnung verschärft und die nach Europarecht möglichen Direktvergabemöglichkeiten weitgehend untersagt. Um künftig auf Ausschreibungen des S-Bahn-Betriebs verzichten zu können, ein einheitliches S-Bahn-System zu erhalten und die Möglichkeiten der EU-Verordnung 1370/2007 zu nutzen, ist die entsprechende Änderung des GWB eine zu nutzende Möglichkeit.

Berlin, den 20. Juni 2023

Helm Schatz Ronneburg
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke